

Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 22.02.2018 - öffentlicher Teil

Datum: 22.02.2018

Zeit: 17:00 Uhr –18:15 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Frau Elke Grunwald	SPD/BVB	
Frau Astrid Hirschfelder	SPD/BVB	bis 18:00 Uhr
Frau Susan Jahr	SPD/BVB	
Herr Sebastian Tattenberg	SPD/BVB	

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt	CDU	
Herr Volkhard Maaß	CDU	
Herr Andreas Meyer	CDU	ab 17:06 Uhr

Fraktion DIE LINKE

Frau Sieglinde Knudsen	DIE LINKE
Herr Heiko Poppe	DIE LINKE

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP
------------------	-----

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Dr. Gernot Schwill	Grüne/RdUM
-------------------------	------------

Sachkundige Einwohner

Herr Jörg Kuschel	DIE LINKE
-------------------	-----------

Verwaltung

Herr Frank Fillbrunn	2. Beigeordneter
Frau Ute Armenat	Gleichstellungs-, Behinder- ten- und Seniorenbeauftragte
Herr Stefan Krüger	Integrationsbeauftragter des Landkreises Uckermark

Frau Kathleen Machmer	Jobcenter / Eingliederung	in Vertretung für Herrn Michael Steffen
Herr Dr. Achim Wendlandt	Sachgebietsleiter Veterinär- dienst/Amtstierarzt	

Schriftführerin

Frau Michaela Felgener Büro des Kreistages

Abwesende Ausschussmitglieder:

CDU-Fraktion

Herr Manfred Suhr CDU

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jürgen Mittelstädt BLR

Sachkundige Einwohner

Frau Eva-Maria Meister CDU

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Poppe begrüßt den 2. Beigeordneten Herrn Fillbrunn, die weiteren Mitarbeiter der Verwaltung und die Mitglieder des ASGA sowie die Mitarbeiter des Regionalfernsehens.

Herr Poppe teilt mit, dass 11 Ausschussmitglieder anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

Er weist darauf hin, dass gem. § 26 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag Uckermark Bild- und Tonübertragungen oder Bild- und Tonaufzeichnungen durch Presse, Rundfunk und ähnliche Medien gestattet sind.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Poppe stellt fest, dass die Tagesordnung zur heutigen Sitzung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Poppe merkt an, dass keine Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung vorliegen.

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung

3. Bestätigung der Niederschrift der 14. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 16.11.2017 - öffentlicher Teil
254/2017
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
8. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungs-, Seniorenbeauftragte und der Beauftragten für Menschen mit Behinderung
BR/001/2018
9. Bericht des Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark für das Jahr 2017
BR/023/2018
10. Berichtswesen Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) - IV. Quartal 2017 - Sozialamt Uckermark
BR/007/2018
11. Jahresbericht 2017 und BuT-Berichterstattung
BR/017/2018
12. Informationen des Jobcenters zum Zielvereinbarungsprozess 2018 gemäß § 48b SGB II sowie zur vorläufigen Auswertung der Zielvereinbarung 2017
BR/014/2018
13. Informationen des Jobcenters Uckermark zu Eingliederungs- und Verwaltungsmitteln im SGB II für das Jahr 2018
BR/015/2018
14. Beratung zum Thema „Jugendliche und Ausbildung“
15. Informationen des Jobcenters Uckermark zur Begleitung junger Menschen insbesondere Ausbildungsuchender im Jobcenter Uckermark
BR/016/2018
16. Befristetes Aussetzen der Trichinenuntersuchungsgebühr im Jagdjahr 2018/2019 aufgrund der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest
BV/034/2018

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 14. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 16.11.2017 - öffentlicher Teil
Vorlage: 254/2017

Herr Poppe stellt fest, dass in der vorgegebenen Frist keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 14. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 16.11.2017 – öffentlicher Teil im Kreistagsbüro eingegangen sind und die Niederschrift somit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Poppe weist darauf hin, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Poppe merkt an, dass keine Einwohneranfragen bestehen.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Poppe informiert, dass keine Anfragen gestellt wurden.

zu TOP 7: Anträge

Herr Poppe teilt mit, dass keine Anträge vorliegen.

zu TOP 8: Tätigkeitsbericht der Gleichstellungs-, Seniorenbeauftragte und der Beauftragten für Menschen mit Behinderung Vorlage: BR/001/2018

Frau Knudsen erkundigt sich, wo der nächste Aktionstag „One Billion Rising“ stattfindet und ob hierfür Unterstützung gegeben werden kann.

Frau Armenat informiert, dass die nächsten dieser Veranstaltungen u.a. in Prenzlau oder Schwedt durchgeführt werden sollen. Zur Ausrichtung dieser ist dann jede Unterstützung willkommen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag, die Berichtsvorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen:

„Der Kreistag nimmt den Bericht der Gleichstellungs- und Seniorenbeauftragten und Beauftragten zur Integration von Menschen mit Behinderungen für das Jahr 2017 zur Kenntnis.“

zu TOP 9: Bericht des Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark für das Jahr 2017 Vorlage: BR/023/2018

Herr Krüger stellt seinen Arbeitsbericht vor.

Frau Knudsen möchte vor dem Hintergrund der im Bericht angesprochenen Thematik „binnenfamiliärer Gewalt“ wissen, ob die Gewalt zunimmt. Weiterhin erkundigt sie sich zur möglichen Gewalt bzw. Gewaltbereitschaft von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gegen u.a. Dozenten. Herr Krüger antwortet, dass die binnenfamiliäre Gewalt nicht grundsätzlich zunimmt, jedoch vorhanden ist. Zur Problematik Gewalt bzw. Gewaltbereitschaft unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge gegen Dozenten führt er aus, dass diese verstärkt gegen Dozentinnen vorhanden ist. Mit diesen Flüchtlingen wurden dann Gespräche geführt und ausdrücklich darauf hingewiesen, die hiesige Ordnung einzuhalten.

Herr Banditt widerspricht der Auffassung von Herrn Krüger und stellt fest, dass die Gewalt gestiegen ist. Weiterhin bekräftigt er, dass der Respekt vor Frauen sehr gering ist.

Herr Meyer nimmt ab 17:06 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Fillbrunn interveniert und führt aus, dass die Erfahrungen zu den beiden von Frau Knudsen angesprochenen Punkten, sehr unterschiedlich sind.

Frau Knudsen fragt nach, ob und was getan werden kann, um geduldete Flüchtlinge, die sich gut integrieren, in Deutschland zu behalten.

Herr Fillbrunn antwortet, dass dies gesetzlich geregelt ist und von der Ausländerbehörde durchgesetzt wird. Ein Handlungsspielraum besteht hier nicht.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag, die Berichtsvorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen:

„Der Kreistag nimmt den Bericht des Integrationsbeauftragten für das Jahr 2017 zur Kenntnis.“

zu TOP 10: Berichtswesen Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) - IV. Quartal 2017 - Sozialamt Uckermark

Vorlage: BR/007/2018

Herr Fillbrunn informiert, dass das Jahresaufnahmesoll 2018 bei 143 Flüchtlingen für den Landkreis Uckermark liegt. Diese Angabe ist jedoch vorbehaltlich der weltweiten Entwicklung.

„Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.“

zu TOP 11: Jahresbericht 2017 und BuT-Berichterstattung

Vorlage: BR/017/2018

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag, die Berichtsvorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen:

„Die Mitglieder des Kreistages nehmen den Bericht des Jobcenters Uckermark für das Jahr 2017 sowie zum Bildungs- und Teilhabepaket 2017 zur Kenntnis.“

zu TOP 12: Informationen des Jobcenters zum Zielvereinbarungsprozess 2018 gemäß § 48b SGB II sowie zur vorläufigen Auswertung der Zielvereinbarung 2017

Vorlage: BR/014/2018

Herr Poppe hinterfragt die Angebotswerte, die an das MASGF übermittelt wurden.

Frau Machmer erläutert, dass es Ziel ist, den Bestand an Landzeitleistungsbeziehern (LZB) deutlich zu reduzieren. Ziel war es, 9.730 LZB zu erreichen. Erreicht wurden 9.467 LZB.

Bei der Verbesserung der Integration in Erwerbsfähigkeit hat das Jobcenter die Ist-Werte nicht erreicht. Das hängt damit zusammen, dass mit dem MASGF eine Integrationsquote vereinbart wird. Hierbei werden die absoluten Integrationszahlen ins Verhältnis zu den Leistungsberechtigten gesetzt. Weil sich die Zahl der Leistungsberechtigten deutlich positiver entwickeln wird (deutlich stärker zurückgehen), als ur-

spränglich angenommen, wird am Ende die Integrationsquote erreicht und die Ziele erfüllt.

„Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.“

zu TOP 13: Informationen des Jobcenters Uckermark zu Eingliederungs- und Verwaltungsmitteln im SGB II für das Jahr 2018
Vorlage: BR/015/2018

Herr Regler erkundigt sich nach der Verteilung der MAE-Stellen. Herr Banditt hinterfragt die Reduzierung der Kosten.

Frau Machmer erläutert, dass in den Vorjahren ca. 3.000.000 € aus dem Eingliederungstitel (für die Verwendung für MAE) eingeplant wurden. In 2018 sind 2,3 Mio € hierfür vorgesehen. Dafür können 550 MAE-Stellen geschaffen werden. Im letzten Jahr waren das 800. Weiterhin wurden alle Bewilligungen, die jetzt anstehen, erst einmal für 6 Monate bewilligt.

Eine weitere Einsparmöglichkeit wird in der Stundenreduzierung von 30 auf 20 Stunden wöchentlich pro MAE gesehen. Dadurch wird mehr Leuten die Möglichkeit gegeben, dieses Instrument zu nutzen.

Weiterhin informiert Frau Machmer, dass die einzelnen MAE-Stellen im Verhältnis zu den in der jeweiligen Gemeinde gemeldeten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten auf die Gemeinden verteilt werden. Hierzu gibt es auch einen öffentlich bekannt gemachten Orientierungsrahmen.

„Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.“

zu TOP 14: Beratung zum Thema „Jugendliche und Ausbildung“

Herr Poppe schlägt vor, aufgrund des bestehenden Sachzusammenhangs, die Tagesordnungspunkte 14 und 15 gemeinsam zu beraten.

zu TOP 15: Informationen des Jobcenters Uckermark zur Begleitung junger Menschen insbesondere Ausbildungsuchender im Jobcenter Uckermark
Vorlage: BR/016/2018

Herr Dr. Wendlandt nimmt ab 17:36 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Banditt informiert, dass derzeit 11,6 % der Schüler des Landkreises Uckermark die Schule ohne Abschluss verlassen. Das ist aus seiner Sicht ein sehr alarmierender Zustand. Um dies zu ändern, spricht er sich dafür aus, die Eltern hier mehr in die Pflicht zu nehmen. Herr Fillbrunn stimmt Herrn Banditt zu, gibt aber zu bedenken, dass diese Kinder teilweise Eltern haben, die nicht gewillt oder in der Lage sind, diese zu erziehen. In diesen Fällen ist es dann auch die Aufgabe von Kita, Schule und Hort, teilweise die Pflichten der Eltern zu übernehmen.

Herr Regler sieht die Chance, hier etwas gravierend zu ändern, als bereits vor Jahren vertan an.

Herr Tattenberg schlägt vor, früher das Thema „Berufe“ in den Schulen zu integrieren.

Herr Meyer sieht in der vorliegenden Thematik ein eher gesellschaftliches Problem, welches sich hier nicht lösen lassen wird.

Frau Hirschfelder verlässt um 18:00 Uhr die Sitzung.

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Berichtsvorlage zur Kenntnis.“

**zu TOP 16: Befristetes Aussetzen der Trichinenuntersuchungsgebühr im Jagd-jahr 2018/2019 aufgrund der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest
Vorlage: BV/034/2018**

Herr Dr. Wendlandt geht auf die aktuelle Situation der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in Europa ein und merkt an, dass mit dem befristeten Aussetzen der Trichinenuntersuchungsgebühr im Jagdjahr 2018/2019 ein Anreiz für Jäger geschaffen werden soll, vermehrt Schwarzwild zu erlegen und damit der Gefahr der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest auf den Landkreis entgegenzuwirken.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag Uckermark beschließt, für das Haushaltsjahr 2018 auf die Erhebung von Trichinenuntersuchungsgebühren zu verzichten. Gleichzeitig ermächtigt der Kreistag den Landrat, bei unveränderter Sachlage den Verzicht auf die Erhebung der Gebühren auch für das Haushaltsjahr 2019 anzuordnen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zur Kenntnis genommen:

gez. Heiko Poppe
Ausschussvorsitzender

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Michaela Felgener
Schriftführerin